



**SPD Landesverband Berlin
Kreis Pankow**

Wahlperiode 2016 bis 2018

6. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)

30. September 2017

Antragsbuch

Das Antragsbuch enthält die bis zum Antragsschluss am 19.08.2017 eingereichten Anträge.

Änderungsanträge bitte bis zum 17.09.2017, 23:59 Uhr an kreis.pankow@spd.de mailen (vorzugsweise doc/rtf-Format). Die Antragskommission trifft sich am 29.09.2017 um 18.00 Uhr in der KGS der SPD Pankow, Breite Str. 30, 13189 Berlin.

ANT 045/06

Antrag Nr.

Kreisvorstand

17.07.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Konvent möge beschließen / Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische
Glaubwürdigkeit unterfüttern**

- 1 Parteivorstand und Landesvorstände werden beauftragt, auf der Grundlage der Beschlüsse der
2 SPD, insbesondere des Leitbilds ‚Gute Arbeit‘ (Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten –
3 Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015), den
4 Umgang mit den Beschäftigten unter sozialdemokratischer Personalverantwortung zu überprüfen
5 und anzupassen.
6 Der Auftrag erstreckt ausdrücklich für die Betrachtung in:
- 7 • den Organisationen, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
8 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind: Parteiorganisation, Fraktionen, Abgeordnete, u.ä.
 - 9 • den Behörden, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Leitungen
10 innehaben: Ministerien, Dezernate, Ämter, u.ä.,
 - 11 • den öffentlichen Betrieben, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die
12 öffentliche Beteiligungen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen können:
13 Aufsichtsräte, Vorstände, Verwaltungsräte, etc..
- 14 Standards für diese Auftragserfüllungen müssen dabei die eigenen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘
15 und die bisherige Beschusslage sowie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein,
16 die sich aus den bestehenden Gesetzen ergeben. Angebote von Fortbildungen für
17 Arbeitgeber(innen) in Personalführung müssen sowohl angeboten als auch angenommen werden.
- 18 Die Mandatsfreiheit für Abgeordnete wird durch die sozialdemokratischen Ansprüche an
19 Arbeitsverhältnisse ergänzt. Bestehende Hilfestellungen, wie beispielsweise die Tarifgemeinschaft
20 der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, müssen allen Abgeordneten zur Verfügung
21 stehen und von allen genutzt werden.
- 22 Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

ANT 046/06

Antrag Nr.

Kreisvorstand

17.07.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Konvent möge beschließen / Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische
Glaubwürdigkeit unterfüttern – auch in Parlamentsfraktionen**

- 1 Die Freiheit der SPD-Abgeordneten bei der Ausübung ihres Mandats wird mit Blick auf die
2 Ausgestaltung der mit ihren Mitarbeiter*innen eingegangenen Arbeitsverhältnisse durch die
3 sozialdemokratischen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘ und die gültige Beschusslage unserer Partei
4 (siehe insbesondere den Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer
5 modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015) zwar nicht rechtlich, aber
6 doch politisch weiter ausgefüllt.
7
- 8 1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag
9
- 10 Bestehende Hilfskonstruktionen wie die seinerzeit mühsam erstrittene *Tarifgemeinschaft der*
11 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages*, die tarifliche Regelungen zwischen
12 Bundestagsabgeordneten und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die
13 ansonsten weitgehend rechtlosen Abgeordnetenmitarbeiter*innen ermöglichen, müssen von allen
14 SPD-Bundestagsabgeordneten genutzt werden.
15
- 16 Die Führung der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages möge sich dafür einsetzen, dass die
17 sozialdemokratischen Anforderungen an ‚Gute Arbeit‘ von allen SPD-Bundestagsabgeordneten
18 eingehalten werden. Hierzu sind ggf. geeignete Mechanismen zu schaffen und regelmäßiger
19 Austausch mit ver.di zu organisieren.
- 20 Alle SPD-Bundestagsabgeordneten, die, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht Mitglied
21 der *Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages* sind, sind aufgefordert,
22 dieser umgehend beizutreten.
- 23 Bewerber*innen für die nächste Bundestagswahl haben sich im Vorhinein verbindlich dazu zu
24 verpflichten, im Falle ihres Einzugs in den Deutschen Bundestag sofort der *Tarifgemeinschaft der*
25 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages* beizutreten. Wer sich dieser Selbstverpflichtung
26 verweigert, wird von keinem Gremium der SPD als Kandidat*in für die Bundestagswahl nominiert
27 bzw. aufgestellt.
- 28 2. Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtagen, Bürgerschaften und
29 im Abgeordnetenhaus
- 30 Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich auf der Ebene ihrer jeweiligen Landtage –
31 sofern noch nicht vorhanden – für die Schaffung von Strukturen analog der *Tarifgemeinschaft der*

- 32 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages* einzusetzen, diese in Zusammenarbeit mit der ver.di
33 und unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Stellung der Abgeordneten zu etablieren und bei
34 ihren Abgeordneten den Beitritt zu organisieren sowie bei den Mitgliedern der anderen Fraktionen
35 offensiv für einen Beitritt zu werben.
- 36 Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.

Begründung:

In der Regel sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder Dienstvorgesetzte, oftmals sind sie auch selber Gewerkschaftsmitglieder. Doch leider gibt es auch ausgesprochen unrühmliche Ausnahmen, wie der Fall Petra Hinz zeigt.

Mögliche Überforderung, fehlende Qualifikation oder mangelnde Ernsthaftigkeit im Umgang mit der eigenen Rolle als Arbeitgeber bzw. Vorgesetzter können zum Verlust von Glaubwürdigkeit führen und den Ruf der Partei massiv beschädigen.

Gute Beschlusslagen allein reichen nicht aus; sie müssen immer und überall dort umgesetzt werden, wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten personalverantwortlich sind.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

ANT 047/06

Antrag Nr.

Kreisvorstand

17.07.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Modellversuch Doppelspitze in den Abteilungen der Berliner SPD ermöglichen

- 1 Im Rahmen eines auf vier Jahre befristeten Modellversuchs wird den Abteilungen der SPD Berlin
2 ermöglicht, statt des bestehenden Vorstandsmodells mit einer/einem Vorsitzenden eine
3 geschlechterparitätische Doppelspitze aus zwei Vorsitzenden zu beschließen. Das Organisationsstatut der
4 SPD Berlin wird hierzu wie folgt geändert:
5
6 1. *Einfügung von § 23 b* Abs. 2a:*
7
8 *Abweichend von Abs. 2 Nr. 1 können die Abteilungen im Rahmen eines Modellversuchs eine*
9 *geschlechterparitätische Doppelspitze aus zwei Vorsitzenden beschließen. Diese Regelung gilt,*
10 *sofern sie nicht verlängert wird, bis zum Ablauf der Parteiwahlperiode 2020-2022.*
11
12 2. *Einfügung in § 23 b* Abs. 3 nach „über“:*
13
14 *das Vorstandsmodell sowie*
15
16 3. *Einfügung nach § 23 a* Abs. 3 Nr. 6 Satz 1:*
17
18 *Im Falle einer Doppelspitze gemäß § 23 b* Abs. 2a nominiert die Abteilung eine/einen der beiden*
19 *Vorsitzenden für die Vertretung im Kreisvorstand. Diese Nominierung ist als Wahl durchzuführen.*
20
21 4. *Änderung von § 23 a* Abs. 3 Nr. 7 letzter Halbsatz in:*
22
23 *Ziffer 6 Satz 4 gilt entsprechend,*

Begründung:

Mit der Schaffung eines Modellversuchs Doppelspitze soll Abteilungen die Möglichkeit eingeräumt werden, die Arbeit des/der Vorsitzenden auf mehrere Schultern zu verteilen. Damit ist die Hoffnung verbunden, mehr Frauen für eine stetige Arbeit im Abteilungsvorstand gewinnen zu können. Allzu oft verzichten Frauen, aber auch Männer mit starker familiärer Einbindung (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen), auf die Ausübung einer Führungsfunktion auf der Abteilungsebene.

Mit der Doppelspitze würde es ermöglicht werden, dass zwei Personen die Arbeit des Abteilungsvorsitzes gleichberechtigt ausfüllen und somit das Arbeitsvolumen für die einzelne Person sinkt. Gleichzeitig wird durch Beschränkung der Einführung auf die Abteilungsebene sichergestellt, dass zunächst Erfahrungen mit diesem Modell gesammelt werden können. Zum Ende des vierjährigen Modellversuchs sollen diese Erfahrungen ausgewertet werden und können ggf. die Grundlage weiterer Maßnahmen bilden.

ANT 048/06

Antrag Nr.

Kreisvorstand

17.07.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Einrichtung einer Landesgleichstellungskommission der SPD Berlin

- 1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert, eine Landesgleichstellungskommission
- 2 einzurichten. Aufgaben der Landesgleichstellungskommission sollen neben der Erstellung des
- 3 Gleichstellungsberichts der SPD Berlin die Erarbeitung von Maßnahmen und Hilfestellungen zur
- 4 Verbesserung der Gleichstellung im Landesverband sein.
- 5
- 6 Die Gleichstellungskommission wird von einem Mitglied des Landesvorstands geleitet, um eine
- 7 gute Anbindung an den Landesvorstand zu gewährleisten. Daneben gehören der
- 8 Landesgleichstellungskommission je ein Mitglied pro Kreis sowie je ein Mitglied pro statutarischer
- 9 Arbeitsgemeinschaft mit Stimmrecht an. Der Landesvorstand entscheidet über die Leitung der
- 10 Landesgleichstellungskommission, Kreise und Arbeitsgemeinschaften entsenden je ein von ihnen
- 11 zu wählendes Mitglied in das Gremium. Darüber hinaus können von ihnen stellvertretende
- 12 Mitglieder benannt werden. Die Kommission kann weitere ständige Mitglieder zur Mitwirkung an
- 13 ihrer Arbeit kooptieren.
- 14
- 15 Die Gleichstellungskommission tagt regelmäßig, mindestens einmal im Quartal.

Begründung:

In den letzten Parteiwahlperioden bestand auf Landesebene eine "Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit". Diese hatte die Aufgabe, die Landesgleichstellungsberichte zu erstellen sowie Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung der Gleichstellung im Landesverband zu entwickeln.

Die Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit wurde in der Parteiwahlperiode 2016-2018 durch den neu gewählten Landesvorstand jedoch nicht wiedereingesetzt. Momentan gibt es daher kein ständiges Gremium des Landesverbandes, das sich mit dem Thema Gleichstellung befasst.

Die alte Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit krankte an mangelnder durchgehender Beteiligung seitens ihrer von der Landesebene allein bestimmten Mitglieder. Um eine stärkere Verbindlichkeit in der Mitarbeit zu erzielen, soll das Gremium in Form einer Kommission neu eingerichtet werden, wobei jeder Kreis und jede statutarische Arbeitsgemeinschaft je ein stimmberechtigtes Mitglied in das Gremium entsendet. Dies hätte überdies den Vorteil, dass die Gliederungen der Berliner SPD – mit allen Geschlechtern – umfassend in die gleichstellungspolitische Arbeit der Kommission eingebunden werden.

ANT 049/06

Antrag Nr.

Kreisvorstand

17.07.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

SPD solidarisch: Mieter*innen-Partei – Parteinahme für Mieter*innen

- 1 Der Bezirk Pankow erlebt eine starke Nachfrage nach Wohnraum. Nach den Bedingungen
2 unserer Wirtschafts- und Sozialordnung bedeutet dies zunächst einmal steigende Preise,
3 Wohnungsmieten und Nutzungsentgelte. Aktuell werden in Pankow durchschnittlich 3.700 Euro
4 pro Quadratmeter Wohnfläche gezahlt – Tendenz steigend. Laut der Analyse des
5 Gutachterausschusses für Grundstückswerte ging es auch bei den Nettomieten in den
6 zentrumsnahen Stadtteilen Pankows stetig bergauf. Die höchsten Zuwächse verzeichnen die
7 Stadtteile Heinersdorf mit zwölf und Weißensee mit elf Prozent. Hier liegen die Nettokaltmieten in
8 der Neuvermietung im Schnitt zwischen 9,50 und zehn Euro. Plus fünf Prozent lautet die
9 Steigerungsrate in Prenzlauer Berg. Damit werden dort im Schnitt inzwischen stolze 11,50 Euro
10 pro gemieteten Quadratmeter verlangt.
- 11
- 12 Wir sind dagegen der Auffassung, dass Wohnen für alle bezahlbar sein muss.
- 13
- 14 Die Beschlusslage unserer Partei sieht eine rechtliche Stärkung der Mieter*innen auf dem
15 Wohnungsmarkt vor. Diesen Weg wollen wir konsequent fortführen. Konkret bedeutet das für
16 Berlin:
- 17
- 18 Mehr städtische Wohnungen und Umorientierung der Wohnungsbauförderung durch folgende
19 Maßnahmen:
- 20
- 21 1. Der Bestand an städtischen Wohnungen ist mittelfristig auf 500.000 Wohnungen zu erweitern.
- 22
- 23 2. Die Privatisierung von kommunalen Eigentum ist dauerhaft durch ein verfassungsrechtliches
24 Verbot auszuschließen.
- 25
- 26 3. Mindestens 55 Prozent aller neu gebauten Wohnungen der städtischen
27 Wohnungsunternehmen sind dauerhaft als Wohnungen mit einer sozialen Belegungsbindung zu
28 errichten. Dabei ist weiterhin darauf zu achten, dass gemischte Quartiere entstehen und diese
29 Wohnungen überall in der Stadt entstehen.
- 30
- 31 4. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sind stärker zu begrenzen und an die
32 Einkommensentwicklung zu koppeln. Die Bruttowarmmieten in den städtischen WU sollen
33 grundsätzlich nicht mehr als 30% des Nettohaushaltseinkommens ausmachen.
- 34

35 5. Pro Jahr soll Berlin Fördermittel für 6.000 Sozialwohnungen anbieten, von denen mindestens
36 50% mit einer Einstiegsrente unter 6,- € beginnen. Die Umwandlung von Miet- in
37 Eigentumswohnungen ist auszuschließen. Die Fördermitteln soll nach dem Grundsatz vergeben
38 werden: „Einmal gefördert, immer gebunden“.
39

40 6. Das Land Berlin legt eine neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Mio. € pro Jahr
41 auf. Diese Fördermittel sind schwerpunktmäßig sozialen Erhaltungsgebieten einzusetzen. Sie
42 sollen vor allem für warmmietneutrale Sanierungen eingesetzt werden, die entsprechend
43 abgesichert werden müssen (z.B. durch Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes zugunsten Dritter
44 oder Abwendungsvereinbarungen).
45

46 7. Das geschützte Marktsegment, Wohnungen für Menschen mit dringendem Wohnraumbedarf,
47 ist auszuweiten. Die städtischen Wohnungsunternehmen sollen pro Jahr 3.000 Haushalte mit
48 dringendem Wohnbedarf unterbringen.
49

50 8. Die neuen Modularbauten sollen nicht nur für Flüchtlinge vorgehalten, sondern auch anderen
51 Wohnungssuchenden angeboten werden. Die städtischen Vermieter müssen sich bei der
52 Unterbringung dieser Nachfragegruppen noch mehr engagieren.
53

54 9. Der Spekulation mit Grund und Boden muss durch Entwicklungsmaßnahmen, Baugebote und
55 der Anpassung der Besteuerung (Bundesrats-Initiative) entgegengewirkt werden. Durch eine
56 kürzere Befristung der Baugenehmigungen soll der Grundstückshandel eingedämmt werden..
57 Berlin soll selbst Grundstücke aktiv erwerben und preislimitierte, am Verkehrswert orientierte
58 Vorkaufsrechte aktiv nutzen bzw. Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieterinnen und
59 Mieter schließen.
60

61 10. Das Bundesland Berlin soll sich umgehend, soweit möglich noch im Rahmen der derzeit
62 geplanten Novelle des Baugesetzbuches, für ein planungsrechtliches Instrument zur Steuerung
63 der Bodenpreisentwicklung einsetzen, das auch kleinteilig (z.B. auf § 34 BauGB – Grundstücken)
64 anzuwenden ist.
65

66 11. Es ist zu prüfen, ob Rechtsvorschriften (Verbot der Zweckentfremdung, Wohnungsaufsicht,
67 etc.) in einem Wohnraumschutzgesetz zusammengefasst werden. Darin soll das Land Berlin
68 insbesondere den Abriss von preisgünstigen Mietwohnungen verhindern und weitere Instrumente
69 gegen die Vernachlässigung und Überbelegung von Wohnraum einführen, z.B. durch die
70 Möglichkeit, einen Treuhänder einzusetzen. Mit der Senatsverwaltung abgesprochene
71 Maßnahmen der Bezirke sind für ggf. eintretende Rechtsstreitigkeiten finanziell abzusichern.
72

73 12. Im Haushalt des Landes Berlin sind finanzielle Ressourcen für Hilfestellungen bei der
74 Ausweisung zusätzlicher Verordnungen nach § 172 BauGB (Milieuschutz – und
75 Umstrukturierungssatzungen) und für die Kontrolle zur Verfügung zu stellen.
76

77 13. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind durch ein neues System der Mietenkalkulation für
78 WBS-berechtigte Haushalte zu kappen (politisch festgelegte soziale Richtsatzmiete mit
79 Einkommensbezug). Die Zinsverbilligung der öffentlichen Darlehen soll auch dafür genutzt
80 werden, die Mieten auf 5,- bis 5,50 €/qm im Monat zu verringern. Die Mieterrechte im Sozialen
81 Wohnungsbau sind zu verbessern, z.B. durch den Ausschluss rückwirkender Mieterhöhungen.
82 Der Einfrierungsgrundsatz ist bei Eigentumsübertragung unterhalb der ursprünglichen
83 Gesamtkosten aufzuheben. Belegungsbindungen sind konsequent für die Versorgung der
84 berechtigten Haushalte zu nutzen.

85 14. Wir suchen eine enge Kooperation mit den Wohnungsgenossenschaften, die das Prinzip
86 „Selbstorganisation: Hilfe zur Selbsthilfe“ vertreten. Sie schaffen dauerhaft preiswerten Wohnraum
87 ohne Spekulation und bremsen die Mietenentwicklung. Wir wollen die Zusammenarbeit beim
88 Neubau, der Quartiersentwicklung und bei Belegungsbindungen vertiefen.

89
90 Darüber hinaus wollen wir die Interessensvertretung der Pankower Mieter*innen stärken. Die SPD
91 weiß, dass die Interessen der Vermieter*innen besser organisiert sind als die der Mieter*innen.
92 Nahezu jede*r Wohnungsbesitzer*in ist Mitglied im Haus & Grund Berlin e.V.. Diesen Nachteil
93 wollen wir durch eine Stärkung der Interessensvertretung, die die Nachfragemacht durch
94 Selbstorganisation bündelt, erreichen. Traditionell ist die SPD dem Deutschen Mieterbund
95 verbunden, dessen Landesverband der Berliner Mieterverein mit seinen 160.000 Mitgliedern und
96 seiner Beratungsstelle in Pankow ist. Zu seinen Angeboten gehört Mietrechtsberatung in Pankow,
97 Korrespondenz mit Vermietern, Verwaltern und Behörden, Prozesskostenversicherung, Betreuung
98 von Mieterversammlungen, Energieberatung, Beratung bei Nachbarschaftskonflikten,
99 Künstlerberatung für Ateliers sowie Fachgutachtervermittlung und Unterstützung von
100 Mietergemeinschaften und Mieterinitiativen.

101
102 Mit dieser Selbstorganisation der Mieter*innen mit ihrer unverzichtbaren Interessensvertretung
103 solidarisiert sich die Pankower SPD, indem sie:

- 104
- 105 • ihre Mitglieder, insbesondere ihre Funktionär*innen und Mandatsträger*innen aufruft, der
 - 106 Solidaritätsgemeinschaft Berliner Mieterverein beizutreten,
 - 107 • in ihren Büros Werbebroschüren und Beitrittserklärungen des Berliner Mietervereins
 - 108 auslegt,
 - 109 • regelmäßig in ihren Publikationen für die Mitgliedschaft im Berliner Mieterverein wirbt,
 - 110 • regelmäßig in Kooperation mit ihren Mandatsträger*innen im Mietermagazin, dem Magazin
 - 111 des Berliner Mietervereins eine Anzeige, schaltet,
 - 112 • jährlich eine mitgliederoffene Veranstaltung zur Pankower Wohnungssituation mit dem
 - 113 Berliner Mieterverein durchführt, auch um gemeinsame Positionen zu entwickeln, sowie
 - 114 • bei den weiteren sozialdemokratischen Organisationen für Solidarität, für eine
 - 115 entsprechende Unterstützung, wirbt.

116 Der Kreisvorstand wird beauftragt einen entsprechenden Antrag für den Landesparteitag zu
117 formulieren und zu stellen.

118 Der Landesvorstand wird beauftragt einen entsprechenden Antrag für den Bundesparteitag zu
119 formulieren und zu stellen.

120

Begründung:

Die Marktmacht auf dem Wohnungsmarkt ist ungleich verteilt, gerade auch in Pankow, wo viele Menschen wohnen und wohnen wollen. Zum einen gilt es, gerechtere Rahmenbedingungen für die Verteilung dieser Macht juristisch herzustellen. Zum anderen muss die Nachfrageseite, die Mieter*innen auch innerhalb eines juristischen Rahmens gestärkt werden. Recht haben und Recht bekommen sind auch in unserem Rechtsstaat zwei unterschiedliche Sachen. Als Sozialdemokrat*innen können wir uns mit Normensetzung allein nicht zufrieden geben, sondern müssen auch die Rechtsdurchsetzung durch konkrete Interessensvertretung stärken. Der Deutsche Mieterbund ist die Interessensvertretung der Mieter*innen und muss im Interesse der Mieter*innen allgemein gestärkt werden. Damit wird tatsächlich verbesserte Teilhabe erst ermöglicht. Unsere Partei kann auf dem beschriebenen Weg Solidarität mit den Mieter*innen verwirklichen.

ANT 050/06

Antrag Nr.

Abt. 03/05 Pankow-Süd

16.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Solidaritätsprojekt für die Sahauris der SPD Berlin

- 1 Seit 40 Jahren ist die Demokratische Arabische Republik Sahara völker- und EU-rechtswidrig vom
2 Königreich Marokko besetzt. Die weltweit anerkannte Vertretung der Sahauris ist die Frente
3 POLISARIO, beobachtendes Mitglied der Sozialistischen Internationalen. 167.000 Sahauris leben
4 seit 40 Jahren in Flüchtlingslagern. Bis in die 90er Jahre hinein gab es eine breite
5 Solidaritätsbewegung, auch in unserer Partei. Doch der Konflikt scheint fast vergessen.
6 Gleichzeitig wird die Versorgungslage der Geflüchteten immer schlechter.
7
8 Daher wird die SPD Berlin ein Solidaritätsprojekt zugunsten der Sahauris starten, in dem zunächst
9 • unsere Genossin Kerstin Tack MdB und die Frente Polisario zum Landesparteitag zu einer
10 Rede eingeladen werden;
11 • humanitäre Unterstützung für die Geflüchteten organisiert wird, die vor allem die
12 Versorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln sowie Bildung zum Ziel hat;
13 • Angehörige der Frente Polisario zu Veranstaltungen der SPD und ihrer
14 Arbeitsgemeinschaften eingeladen werden;
15 • mit den Organisationen der sozialdemokratischen Familie Gespräche über weitere
16 Kooperationen und zur Unterstützung der Frente Polisario geführt werden.

Begründung:

Nahe der algerischen Stadt Tindouf befinden sich die saharaischen Flüchtlingslager. Die Lager, fünf an der Zahl, liegen in der algerischen Hammada auf einem weitläufigen Gebiet verteilt. Hier leben nach Angaben Algeriens 165.000 saharaische Flüchtlinge. In den 70er und 80er Jahren entstanden El Aaiun, Smara, Auserd und Dajla – benannt nach den größten Städten der Westsahara. Seit einigen Jahren wird die Siedlung um die nationale Frauenschule namens „27. Februar“ offiziell als fünftes Lager betrachtet. Benannt nach dem Gründungsdatum der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (im Jahr 1976) entwickelte sich die Umgebung der Schule zu einem attraktiven Siedlungsort, da er an das algerische Stromnetz angeschlossen ist. Außerdem ist „27. Februar“ gut angebunden sowohl an Tindouf, als auch an Rabouni, das administrative Zentrum der Flüchtlingslager. Der Ausbau eines asphaltierten Straßennetzes hat die Alltagsmobilität in den Flüchtlingslagern erheblich gesteigert. Private Sammeltaxis verkehren zum festen Tarif innerhalb und zwischen den einzelnen Lagern und Tindouf.

In Rabouni befinden sich die Regierungsorgane der DARS, die Büros und Unterkünfte der meisten internationalen Organisationen sowie ausländischer und saharaischer Nichtregierungsorganisationen. Hier werden auch die Hilfslieferungen gelagert, vor ihrer Verteilung durch den saharaischen roten Halbmond. Die saharaischen Flüchtlingslager setzten sich von anderen durch UNHCR verwaltete Lager dadurch ab,

dass sie durch die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) – folglich von den Flüchtlingen – selbstverwaltet werden. Dabei erkennt Algerien die Souveränität der DARS in die Flüchtlingslager an.

Von Anfang an, bemühte sich die saharauische Exilregierung ein eigenes Bildungs- und Gesundheitssystem in den Lagern zu etablieren. Außerdem verfügt sie über ein eigenes Sicherheits- und Verteidigungsapparat. In den Lagern finden sich Dispensarien, Krankenhäuser, Polizeistationen, Gerichte, Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen, sowie weitere Bildungseinrichtungen.

Die Verwaltung agiert auf drei Ebenen: national, regional und lokal. Die Lager werden jeweils als Provinz bezeichnet (wilaya). Sie gliedert sich jeweils in sechs oder sieben sogenannten Gemeinden (daira). Diese wiederum umfassen jeweils vier Nachbarschaften (hay bzw. barrio auf Spanisch). Auf lokaler Ebene sind die Frauen für die Verwaltung zuständig. Die Verteilung von Lebensmitteln und anderen Gütern, die als Teil der internationalen Hilfe an die Flüchtlinge geliefert werden, werden in jeder Nachbarschaft von gewählten und erfahrenen Frauen koordiniert, die eminat. Zugleich sind die Frauen, die jeweils einem Haushalt vorstehen, in Gruppen von elf Personen organisiert. Die Verbreitung von Informationen, kollektive Tätigkeiten, wie etwa die Reinigung von öffentlichen Plätzen innerhalb einer daira oder die Vorbereitung von Festen erfolgt über diese Verwaltungseinheiten.

Neben der Frauenschule „27. Februar“ befindet sich die Zentrale der Frauenunion. Dabei handelt es sich um eines der Massenorganisationen, neben der der Arbeiter- und der Jugend. Seit zwei Jahren existiert zudem eine selbständige Union der Studierenden. Diese Organisationen haben neben ihrer ausführenden Funktion auch ein politisches Gewicht und erhalten zum Beispiel automatisch Sitze im saharauischen Nationalkongress, dem Parlament der Flüchtlingsgesellschaft, das im Prozess der Demokratisierung in den Lagern eine wachsende Rolle spielt.

Nicht nur „27. Februar“ erlebte eine intensiven Zuzug von Haushalten. Seit dem in den vergangenen zehn Jahren sowohl Smara als auch El Aaiun über eine Asphaltstraße verbunden sind, verließen viele die Lager Ausserd und Dajla. Obwohl Dajla inzwischen ebenfalls über eine ausgebaute Straße zu erreichen ist, bleibt sie durch die Entfernung zu Tindouf und Rabouni weiterhin abgelegen.

Abgesehen vom „27. Februar“, sind die Haushalte und die Einrichtungen auf Solarplatten oder Dieselgeneratoren angewiesen, um Strom zu erzeugen. Während die Haushalte Butangasflaschen als Teil der Hilfslieferung erhalten, was zum Kochen verwendet wird, müssen die Kosten für Solarplatten, Autobatterien und Leuchtkörper, von den Haushalten getragen werden. Das gleiche gilt für die Lehmgebäuden, die inzwischen das Bild der Lager dominieren. Weiterhin erhält jede Frau nach ihrer ersten Ehe und damit einhergehenden Gründung eines eigenen Haushaltes die Bestandteile eines Zeltes. Die Zelte, werden als haima bezeichnet. Die meisten Familien verfügen inzwischen neben ihrer haima über eine oder mehrere Lehmräume. Immer häufiger werden nun in sich geschlossenen Häuser gebaut. Dabei läuft ein Flur mit Türen an beiden Enden durch die Mitte des Gebäudes, während die einzelnen Räume davon abgehen. Diese Häuser werden als kejkota bezeichnet, wobei der Name auf das französische Wort für Schnellkochtopf zurückgeht, eben weil sie in sich geschlossen sind, im Gegensatz zu der haima, die eine Öffnung in alle vier Himmelsrichtungen hat.

Neben Zelt und Gas erhalten die Haushalte monatliche Nahrungsrationen. Während seit Jahren sinkende Rationen beklagt werden und es durch die Finanzkrise zu zusätzlichen Ausfällen gekommen ist, stehen die Hilfsorganisationen schon lange vor dem Problem, dass sie Notrationen bemessen, die eine adäquate Versorgung über 37 Jahren nicht gewährleisten können.

ANT 051/06

Antrag Nr.

Abt. 03/05 Pankow-Süd

16.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Unterstützung für die Menschen in der Westsahara

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden beauftragt, folgende
2 Beschlüsse herbei zu führen:
3
4 • Das Abgeordnetenhaus von Berlin wird sich für die Flüchtlinge aus der Westsahara und für
5 ihr Recht auf Selbstbestimmung durch ein UN-geführtes Referendum einsetzen.
- 6 • Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung
7 und auf EU-Ebene dafür einzusetzen,
- 8 • dass das zugesagte UN-geführte Referendum durchgeführt wird,
- 9 • dass die internationalen Organisationen in die Lage versetzt werden, eine
10 ausreichende Versorgung der Flüchtlingslager im Grenzgebiet der Westsahara
11 sicherzustellen,
- 12 • sich an den Projekten der Entwicklungszusammenarbeit anderer Bundesländer zu
13 beteiligen und eigene zu entwickeln, sowie
- 14 • dass Bürgerinnen und Bürger der Demokratische Arabische Republik Sahara,
15 insbesondere Kinder und Jugendliche, vereinfacht nach Deutschland einreisen
16 können.
- 17 Ein entsprechender Auftrag ergeht an die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen
18 Bundestages.
19

Begründung:

Nach Rückzug der spanischen Kolonialherrschaft 1975 besetzte Marokko die Westsahara. Die Befreiungsbewegung Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Frente Polisario) führte dagegen einen bewaffneten Kampf. Am 27.02.1976 wurde der Exilstaat Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet. Hundertausende Flüchtlinge brachten sich vor Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee in Südwestalgerien in Sicherheit. Nahe der Grenzstadt Tindouf leben auf einem Gebiet von der Größe des Saarlandes rund 160.000 Menschen in vier großen Lagern (Villayas). Die menschenfeindliche Wüste und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe machen diesen brutalen, aber weitgehend vergessenen Konflikt zunehmend unerträglich.

Dem Befreiungskampf der Frente Polisario gegen Marokkos Armee folgte auf Druck der UNO 1991 ein Waffenstillstand gegen die Zusage, das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris durch ein UN-geführtes

Referendum zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts bereits 1992 durchzuführen. Die UN-Friedensmission MINURSO wurde mit der Durchführung des Referendums 1992 beauftragt. Bis heute ist es Marokko gelungen, den Sahauris das Referendum zu verweigern.

Im Bündnis mit Frankreich beharrt Marokko auch darauf, dass das bestehende UN-Mandat keinen Auftrag zur Überwachung der Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten enthält. Es ist das einzige Friedensmandat der UNO ohne diesen Auftrag. Nach den aktuellen Berichten von amnesty international und Human Rights Watch gehören die Verletzungen der Menschenrechte durch Marokko zu den schlimmsten in Afrika. Marokko hält zwei Drittel des Gebietes besetzt und unterhält einen bis zu zehn Meter hohen verminten Sandwall von 2.400 Kilometern Länge zum Schutz der widerrechtlichen Nutzung der reichen Ressourcen der Westsahara, insbesondere der Phosphatlager und des großen Fischreichtums der saharaischen Gewässer.

Der arabische Frühling nahm im Herbst 2010 in der Westsahara seinen Anfang: Vier Wochen lang demonstrierten rund 20.000 Sahauris friedlich in dem Zeltlager „Gdeim Izik“ vor den Toren der Hauptstadt El Aaiun für soziale Gerechtigkeit und baldige Durchführung des Referendums. Dann wurde das Zeltlager von der marokkanischen Besatzungsmacht militärisch abgeriegelt und Journalisten der Zugang verweigert. Nach Durchsetzung der Informationssperre erfolgte der Sturm des Zeltlagers durch marokkanisches Militär und Spezialeinheiten. Die Zahl der Toten und Verletzten variiert je nach Quelle stark.

Die EU hat Marokko zum „privilegierten Partner“ erkoren und schließt mit Marokko Handels-abkommen, die die Plünderung der Westsahara und der Küstengewässer mitbeinhalten. Ganz anders die USA, die die Westsahara in Handelsabkommen mit Marokko einschließlich der Küstengewässer ausdrücklich ausschließen.

Auch die Bundesregierung unterstützt den Kurs der EU in den Abkommen von Rabat (2013) und Marrakesch (2015), was die Medien in Marokko als Unterstützung der marokkanischen Position im Westsaharakonflikt interpretieren.

Der saharaische Exilstaat DARS ist währenddessen von rund 70 Staaten völkerrechtlich anerkannt und Mitglied in der Afrikanischen Union (AU). Marokko verließ die AU nach Anerkennung durch Südafrika und Namibia. Die vorletzte Kolonie Afrikas – Namibia – wurde 1990 nach einem UN-Referendum frei und setzt sich heute aktiv für die Freiheit der letzten Kolonie Afrikas – der Westsahara – ein. Marokko ist in Afrika durch seine brutale Besatzungspolitik und den Bruch des Völkerrechts isoliert.

Die SPD hat die Frente Polisario – wie auch die Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika) und SWAPO (Namibia) – stets bei der Durchsetzung ihrer völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Ansprüche mit politischen Initiativen unterstützt. Weitere Partner waren bzw. sind terre des hommes, medico international, die Gesellschaft der Freunde des saharaischen Volkes und der Verein „Freiheit für die Westsahara“, dessen Kuratorium unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft steht. Bremen hat im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch zeitweilig verschiedene Projekte mehrerer Bundesländer für die Westsahara koordiniert.

Im Jahr 2013 zeichnete der Senat die Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar mit dem Bremer Solidaritätspreis aus. Sie hat damals eine kleine Delegation der Bremischen Bürgerschaft in die besetzten Gebiete eingeladen. Ein gemeinsamer Besuch, möglichst unter Beteiligung von anderen internationalen parlamentarischen Vertretungen und Nichtregierungsorganisationen, sei ein geeignetes Mittel, das Schweigen in der EU über dieses Unrecht zu beenden und die Vereinten Nationen in ihrem Bemühen zu unterstützen.

Die aktuellen Einreisebestimmungen verhinderten die Erholung von Kindern und Jugendlichen im vergangenen Jahr im Internationalen Kinder-Zeltlager der Internationalen Falken-Bewegung / Sozialistische Erziehungs-Internationale.

ANT 052/06

Antrag Nr.

Abt. 03/05 Pankow-Süd

16.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Partnerschaft Pankows mit einem Flüchtlingslager des saharaischen Volkes

- 1 Die Sozialdemokrat*innen im Bezirk Pankow wissen in historischer Perspektive, was es bedeutet,
- 2 von Selbstbestimmungsrecht und Freiheit ausgeschlossen zu sein. Sie kennen den Wert
- 3 solidarischer Unterstützung für die Verbesserung der eigenen Lage.
- 4
- 5 Daher werden die sozialdemokratischen Bezirksverordneten beauftragt, Beschlüsse herbei zu
- 6 führen, die dazu führen, dass der Bezirk Pankow unter freiwilliger Einbeziehung der Parteien,
- 7 Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen eine Delegation nach Tindouf mit dem Ziel entsendet,
- 8 dort eine offizielle Partnerschaft mit einem Flüchtlingslager des saharaischen Volkes
- 9 abzuschließen.
- 10
- 11 Dies geschieht in Abstimmung der Frente Polisario als legitimer Vertretung des saharaurischen
- 12 Volkes.

Begründung:

Nach Rückzug der spanischen Kolonialherrschaft 1975 besetzte Marokko die Westsahara. Die Befreiungsbewegung Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Frente Polisario) führte dagegen einen bewaffneten Kampf. Am 27.02.1976 wurde der Exilstaat Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet. Hundertausende Flüchtlinge brachten sich vor Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee in Südwestalgerien in Sicherheit. Nahe der Grenzstadt Tindouf leben auf einem Gebiet von der Größe des Saarlandes rund 160.000 Menschen in vier großen Lagern (Villayas). Die menschenfeindliche Wüste und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe machen diesen brutalen, aber weitgehend vergessenen Konflikt zunehmend unerträglich.

Dem Befreiungskampf der Frente Polisario gegen Marokkos Armee folgte auf Druck der UNO 1991 ein Waffenstillstand gegen die Zusage, das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris durch ein UN-geführtes Referendum zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts bereits 1992 durchzuführen. Die UN-Friedensmission MINURSO wurde mit der Durchführung des Referendums 1992 beauftragt. Bis heute ist es dem Königreich Marokko gelungen, den Sahauris das Referendum sowie ihnen wie den eigenen Bürger*innen Demokratie und Freiheit zu verweigern. Solidarische Unterstützung unterschiedlicher Ebenen und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft sind erfolgversprechende Ansätze, um die Lage der Sahauris als Geflüchtete zu verbessern.

ANT 053/06

Antrag Nr.

AsF Pankow

19.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Notbetten für obdachlose Frauen in Pankow schaffen

- 1 Die SPD-Pankow fordert die SPD-Fraktion auf, sich in der Bezirksverordnetenversammlung dafür
- 2 einzusetzen, dass der Bezirk Pankow Notbetten für obdachlose und von Gewalt betroffene
- 3 Frauen schafft.

Begründung:

In Berlin leben über 6.000 wohnungslose Menschen, darunter sind auch zahlreiche Frauen. Die Ausstattung mit Notbetten, die Betroffene ohne Meldung beim Sozialamt oder Job-Center in ihrer Not aufsuchen können, ist in der gesamten Stadt aktuell nicht ausreichend. So gibt es für obdachlose und von Gewalt betroffene Frauen derzeit weniger als hundert Notbetten, die ihnen in geschützten Räumen, getrennt von obdachlosen Männern, eine sichere Unterkunft bieten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, deshalb fordern wir den Bezirk Pankow auf, die Ausstattung an Notbetten für Frauen im Bezirk auszubauen. Unsere Aufgabe als SPD ist es, die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die sich nicht mehr allein aus eigener Kraft aus ihrer prekären Lage befreien können, zu unterstützen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

ANT 054/06

Antrag Nr.

Jusos Pankow

19.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Parteiausschlusskriterium machen

- 1 Der § 35 Parteiordnungsverfahren des Organisationsstatuts der SPD soll um das
2 Parteiausschlusskriterium „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erweitert werden.
3 Demnach soll im Absatz
4
5 „(1) Gegen ein Mitglied, das gegen
6 1. die Statuten oder
7 2. die Grundsätze oder
8 3. die Ordnung der Partei verstößt,
9
10 kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden. Gegen die Grundsätze der SPD
11 verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt
12 oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.
13 Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des
14 Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“
15
16 der Satz 1 erweitert werden zu:
17
18 „Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der
19 innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt, sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht
20 oder *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an den Tag legt.*

Begründung:

Die bisherige Formulierung des § 35 des Organisationsstatuts definiert nicht klar genug, bei welchen Verstößen ein Ausschlussverfahren zielführend eingeleitet werden kann. Menschenfeindliche Äußerungen, die sich insbesondere auf Gruppen und/oder Minderheiten beziehen, sind nach unserem Verständnis mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar. Dies betrifft sowohl verachtende Äußerungen in Hinblick auf Rassismus, aber auch Homophobie, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Dies sollte durch unser Organisationsstatut unzweifelhaft abgebildet und „das Gebot der innerparteilichen Solidarität“ sowie das Verbot der „ehrlose[] Handlung“ entsprechend um das Merkmal „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ergänzt und präzisiert werden. Zum Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ siehe <https://pub.uni-bielefeld.de/project/P439>.

ANT 055/06

Antrag Nr.

Klaus Mindrup, MdB über Abt.06/Alt-Pankow

19.08.2017

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Diesel-Skandal muss Konsequenzen haben – Rechte der Betroffenen stehen an oberster Stelle!

- 1 Vor zwei Jahren begann der Skandal um Betrugssoftware in Dieselfahrzeugen von VW. Was sich
2 als Versagen eines einzelnen Konzerns dargestellt hatte, entpuppt sich nun als organisierter
3 Betrug deutscher Autohersteller und Teilen der Zulieferindustrie. Aufsichtsbehörden und Teile der
4 Politik haben diesen Skandal mit ermöglicht.
5
6 Der „Dieselgipfel“ Anfang August hat zur Lösung des Problems nicht beigetragen und den
7 Eindruck erweckt, Politik und Wirtschaft würden die gesundheitlichen Belastungen der von den
8 Emissionen tagtäglich Betroffenen in den Städten ignorieren und auch die Konsequenzen für die
9 Eigner von Dieselfahrzeugen nicht beachten.
10
11 Die Politik muss hier umsteuern: Die Autokonzerne und ihre Manager*innen in die Verantwortung
12 zu nehmen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.
13 Autofahrer*innen dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Arbeitnehmer*innen dürfen nicht den
14 Preis für die Verfehlungen der offenbar entrückten Vorstände zahlen müssen.
15
16 Deshalb fordern wir, aus dem Diesel-Skandal folgende Konsequenzen zu ziehen:
17
18 **1. Notwendige technische Nachrüstungen für betroffene Dieselaautos müssen auf Kosten**
19 **des jeweiligen Autobauers bei voller Kompensation der Eigentümer ausgeführt werden.** Es
20 ist wahrscheinlich, dass Software-Aktualisierungen allein nicht helfen werden, um Dieselabgase
21 zu reinigen. Die Verantwortlichen müssen aufhören den Bürger*innen in die Tasche zu lügen. Hier
22 hilft nur eines: Die Konzerne müssen klare Garantien abgeben, dass die Software-Updates
23 erstens die angegebenen Umweltentlastungen erreichen und zweitens die vorhandene Hardware
24 nicht schädigen. Weiterhin ist eine persönliche Haftung der Vorstände notwendig, wie sie z.B. bei
25 kleinen und mittleren Unternehmen üblich ist. Erst wenn die Garantien und die persönlichen
26 Haftungserklärungen abgegeben sind, zeigt die Automobilindustrie, dass sie wirklich ernsthaft das
27 Kapitel „tricksen und täuschen“ beenden will.
28
29 **2. Verbraucher*innen müssen umfassend für Nutzungsausfälle und Wertverlust**
30 **entschädigt werden. Ihre Rechte müssen ganz oben stehen.** Eigentümer*innen von
31 betroffenen Fahrzeugen sollten auch ohne eigene teure und aufwendige Klage zu Ihrem Recht
32 kommen können. Das ist Aufgabe der verursachenden Unternehmen, Aufsichtsbehörden und der
33 Politik. Davon unbenommen muss die Möglichkeit einer Sammelklage geschaffen werden, um die
34 Belastung von Besitzer*innen von Dieselfahrzeugen zu nehmen. Martin Schulz und Heiko Maas

35 haben hier die richtigen Vorschläge gemacht. Dies wird zur Folge haben, dass
36 Verbraucher*innen, wie in den USA, ihre berechtigten Forderungen gegen die Konzerne
37 durchsetzen können. Deswegen lehnen die Lobbyparteien CDU/CSU und FDP diese
38 Forderungen auch bisher ab.

39
40 **3. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland muss**
41 **oberste Priorität haben.** Mit der Bildung eines illegalen Automobilkartells hat die deutsche
42 Autoindustrie nur Verlierer*innen produziert. Verbraucher*innen und die Umwelt zahlen die Zeche.
43 Der Ruf Deutschlands als innovativer Technologiestandort – insbesondere im Bereich der
44 Umwelttechnik – leidet massiv. Die Autoindustrie muss stärker kontrolliert werden und mit allen
45 Mitteln der Wettbewerbsmarkt wiederhergestellt werden.

46
47 **4. Politik und Autoindustrie müssen entflechtet, Wechsel von Ministerien in die Industrie**
48 **erschwert und Lobbyist*innen stärker kontrolliert werden.** Der Dieselskandal ist auch durch
49 die enge Verflechtung von Politik und Automobilwirtschaft ermöglicht worden. Effektive Aufsicht
50 kann nur durch strikte Trennung erfolgen. Daher gilt es, die engen Verflechtungen zwischen
51 Automobilindustrie und Politik zu kappen. Mitarbeiter*innen der Automobilkonzerne dürfen nicht
52 mehr länger im Verkehrsministerium tätig sein. Spitzenpolitiker*innen dürfen nicht einfach aus
53 Ministerien innerhalb weniger Wochen in Vorstandsposten der Industrie wechseln und Einfluss auf
54 Regierungshandeln nehmen dürfen. Wir fordern daher eine erhöhte Abklingphase von zwei
55 Jahren, bevor hochrangige Ministeriumsmitarbeiter*innen ihrer Kontakte wegen in die Wirtschaft
56 wechseln dürfen. Den Fall des Kanzlerin-Vertrauten, Eckhard von Klaeden, der nun im
57 Abgasskandal das Kanzleramt beeinflusst hat, hätte es nie geben dürfen.

58
59 **5. Wir brauchen einen klaren Stufenplan hin zu emissionsfreier Mobilität. Ähnlich wie im**
60 **Bereich Atom- und Kohleindustrie, brauchen wir einen Stufenplan, um einen Übergang zu**
61 **emissionsfreier Mobilität zu schaffen.** Dazu verpflichtet uns schon das Pariser
62 Klimaabkommen. Nur eine politische Entscheidung kann die nötige Klarheit für alle
63 Marktteilnehmer*innen schaffen und gute Rahmenbedingungen für Innovationen. Dieselaabgase
64 zu reinigen ist aufwendig und teuer und sollte lediglich eine Übergangstechnologie hin zu
65 emissionsfreier Mobilität sein. In einem ersten Schritt sind die Subventionen für Diesel zu streichen
66 und die freiwerdenden Mittel sind in einem guten öffentlichen Nahverkehr, in Forschungsgelder für
67 emissionsfreie Mobilität und den Umbau unserer Strom- und Gasnetze umzulenken.

68
69 **6. Der Umgang mit Fahrverboten und Umrüstungen muss sozial verträglich umgesetzt**
70 **werden. Es muss sichergestellt werden, dass Bewohner*innen von Innenstadtbereichen**
71 **nicht doppelt belastet werden.** Einerseits leiden Sie am meisten unter den Emissionen und
72 verlieren unter Umständen auch noch die Erlaubnis ihr Fahrzeug zu nutzen. Besonders
73 Kleinunternehmer*innen müssen davor geschützt werden unverschuldet ihrer Arbeit nicht
74 nachgehen zu können, weil Fahrzeuge nicht mehr nutzbar sind.

75
76 **7. Verantwortlichkeiten müssen schonungslos aufgeklärt werden.** Die Öffentlichkeit hat ein
77 Recht zu erfahren, welche Unternehmen und Personen wann und in welchem Rahmen betrogen
78 haben. Ebenso ist lückenlos aufzuklären, ob Aufsichtsbehörden Fehler oder sich gar mit schuldig
79 gemacht haben sowie ob und ab wann Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene von
80 den Betrugsvorwürfen und der Kartellbildung gewusst haben. Es muss klargestellt werden, dass
81 Manager*innen bei schwerem Fehlverhalten zukünftig einer persönlichen Haftung unterzogen
82 werden, aus der sie sich auch nicht durch Versicherungen herauskaufen können.

Begründung:

Die Einigung zwischen Autoindustrie, Bund und Ländern beim „Dieselgipfel“ Anfang August war ein Schlag ins Gesicht der Eigentümer*innen von Dieselfahrzeugen. Ziel der Absprachen zwischen den Herstellern der Diesel-Fahrzeuge und dem Bundesverkehrsminister war es offensichtlich, lediglich Zeit zu gewinnen und zu hoffen, dass sich der Skandal damit zerstreuen lässt.

Mit einer Aktualisierung der Software in Dieselaautos kommt die Industrie zu glimpflich davon. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird aber auch eine neue Software nicht die Ergebnisse betrügerischer Absprachen und baulicher Mängel richten. Weiterhin werden die Grenzwerte in vielen Fällen nicht eingehalten. Daher sind Fahrverbote in Innenstädten auch nach dem Gipfel ein wahrscheinliches Szenario. Betriebe, Handwerker und private Nutzer*innen würden in Ihrer Fahrzeugnutzung extrem eingeschränkt und müssten außerdem den wirtschaftlichen Schaden des Wertverlusts ihrer Fahrzeuge tragen, nach derzeitigen Schätzungen 15 Milliarden Euro. Wir haben es hier mit einem Versagen selbsternannter Eliten zu tun, die in den letzten Jahren immer die Leistungsgesellschaft gepredigt haben und sich jetzt vor ihrer Verantwortung drücken wollen.

Dabei geht es neben dem Schutz des Klimas und unserer Gesundheit auch um die Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Diese muss offensichtlich vor ihren eigenen nur dem kurzfristigen Profit verpflichteten Manager*innen geschützt werden. Wenn Manager*innen und Aufsichtsräte der deutschen Automobilindustrie durch strafbare Absprachen und auf Kosten der Konsumenten Innovation und Investitionen dem Ziel kurzfristiger Profite unterordnen, besteht eine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Wettbewerbsfähigkeit. Während andere – überwiegend ausländische – Autohersteller seit Jahren andere saubere Technologien zur Marktreife gebracht haben, pflegen die deutschen Autohersteller eine Technologie, deren Nachteil vor allem in den schwer zu vermeidenden Emissionen liegt. Anstatt in saubere Mobilität zu investieren, sprachen sich die Manager mehrerer Autobauer ab, zum Schaden unserer aller Gesundheit und der Umwelt.

Während in den USA infolge der Abgasmanipulationen hohe Strafen gezahlt, Schadensersatz in großen Umfang geleistet werden muss, sogar Haftstrafen für Automobilmanager*innen drohen und die die ganze Technologie grundlegend in Frage gestellt wird, kommen die Autobauer hierzulande bisher mit verhältnismäßig überschaubaren Anpassungen durch. Es ist nicht hinzunehmen, dass US-Verbraucher*innen Schadensersatz gewährt wird und deutschen Verbraucher*innen nicht.

Gleichzeitig erleben wir ein völliges Ungleichgewicht im Klimaschutz. Während die Regeln für Gebäude ständig verschärft werden, begnügt sich der Verkehrsminister mit Minimalzusagen seitens der Autoindustrie, dass eine Software-Aktualisierung die nötige Abhilfe schaffen würde. So werden wir die Klimaschutzziele für 2020 trotz der Zusagen der Bundeskanzlerin Dr. Merkel krachend verfehlen.

Dieser verfehlten Politik müssen wir Einhalt gebieten und mit einem eigenen Konzept entgegentreten. Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir hierzu einen Beitrag leisten.